Titel

Quelle Nummer Zeit

D/Justiz/Mykonos/WZF

AFPplr DEU043 Son Aug 25 10

369 /AFP-PI38

Penner für Abbruch der Beziehungen zu Iran
- Kinkel analysiert Aussagen von Banisadr
(mit Banisadr-Interview) =

Bonn, 25. August (AFP) - Der Vorsitzende der Parlamentarischen Kontrollkommission, Wilfried Penner, hat nach den Aussagen des früheren iranischen Präsidenten Abdolhassan Banisadr im Mykonos-Prozeß für einen Abbruch der Beziehungen zu Iran plädiert. Die Politik des "kritischen Dialogs" zwischen Bonn und Teheran habe einen schweren Rückschlag erlitten, sagte der SPD-Bundestagsabgeordnete am Samstag im Hessischen Rundfunk. "Wenn sich herausstellen sollte, daß die iranische Staatsführung den Mord in Auftrag gegeben oder zu verantworten hat, dann kann man mit einem solchen Regime keine diplomatischen Beziehungen unterhalten." Außenminister Klaus Kinkel (FDP) sagte dem privaten Berliner Rundfunksender "Hundert,6", er werde sich die Aussagen Banisadrs "sehr genau ansehen" und dann bewerten, "ob daraus Folgerungen zu ziehen sind oder nicht". Banisadr forderte die EU im "Focus" auf, sämtliche Kredite für Iran zu stoppen.

Kinkel betonte, er wolle "keine voreiligen Folgerungen ziehen und auch keine Vorverurteilungen in irgendeiner Form vornehmen, zumal ich mich in den Prozeß sowieso nicht einmischen kann oder will". Penner vertrat die Ansicht, daß die Haltung der USA im Zusammenhang mit dem US-Embargo-Gesetz für Länder, die mit Teheran Geschäftsbeziehungen unterhalten, jetzt entscheidende Unterstützung erhalten habe. Banisadr hatte als Zeuge im Berliner Mykonos-Prozeß Teheran des Staatsterrorismus beschuldigt. Im "Focus" bekräftigte der Ex-Präsident, der iranische Staatschef Haschemi Rafsandschani und der religiöse Führer Ali Chamenei seien die Drahtzieher von Mordanschlägen.

Die Bundesanwaltschaft hatte am Freitag erklärt, sie erwäge ein Ermittlungsverfahren gegen Rafsandschani und Chamenei wegen der Ermordung iranischer Oppositioneller in Berlin. Die Justizbehörde

hatte dies in Karlsruhe mit den Aussagen von Banisadr im Berliner Mykonos-Prozeß begründet. Banisadr bekräftigte in seiner Zeugenanhörung seine Aussagen gegen Chamenei und Rafsandschani. "Der Führer hat den Befehl für das Attentat schriftlich bestätigt", präzisierte er die Rolle Chameneis.

Die iranische Führung kritisierte die deutsche Justiz wegen der Anhörung von Banisadr. Die Bundesregierung wies die Vermutung des iranischen Ex-Präsidenten zurück, es gebe zwischen Bonn und Teheran eine Absprache über die Freilassung der mutmaßlichen Mykonos-Attentäter nach Prozeßende.

Wegen des Attentats auf vier kurdisch-iranische Oppositionelle 1992 im Berliner Restaurant "Mykonos" müssen sich seit Oktober 1993 ein Iraner und vier Libanesen vor Gericht verantworten. Schon in der Anklageschrift war der iranische Geheimdienst als Auftraggeber für den Mord genannt worden. In Deutschland liegt ein Haftbefehl gegen den iranischen Geheimdienstminister Ali Fallachian vor, der als Drahtzieher des Anschlags angesehen wird.

uq/igl AFP 251026 AUG 96